
KOOPERATIONSVERBUND GESUNDHEITLICHE CHANCENGLEICHHEIT - SACHSTAND -

Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes
bei Gesundheit Berlin-Brandenburg
im Oktober 2017

Der bundesweite Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit wurde 2003 von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) initiiert. Er wird getragen aus der Zusammenarbeit zwischen BZgA, allen Landesvereinigungen für Gesundheit, allen Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenkassen, weiteren Krankenkassen, den kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesagentur für Arbeit, den Bundesverbänden der Ärzteschaft, fünf Wohlfahrtsverbänden und drei Länderministerien. Insgesamt sind **66 Partnerorganisationen** (Auflistung auf der letzten Seite) im Kooperationsverbund vertreten.

Aktuell: Es wird zurzeit – da sich das Profil des Kooperationsverbundes nach den Veränderungen durch das Präventionsgesetz erst neu festigen soll – kein starkes Mitgliederwachstum angestrebt. Lediglich die Landesministerien für Gesundheit werden aktiv eingeladen, dem Verbund beizutreten.

Ziele des Verbundes

Der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit hat das Ziel, die soziallyagenbezogene Gesundheitsförderung in der (fach-)öffentlichen Wahrnehmung wie auch in der praktischen Umsetzung zu fördern und weiter zu entwickeln.

Um dieses zu erreichen,

- trägt der Kooperationsverbund dazu bei, die Transparenz im Handlungsfeld zu fördern
- unterstützt der Kooperationsverbund die Vernetzung der Akteure und die Bündelung der vorhandenen Ressourcen
- unterstützt der Kooperationsverbund den Aufbau und die Weiterentwicklung der strukturellen Rahmenbedingungen für eine bedarfsorientierte Gesundheitsförderung in Deutschland.

Die Partner im Kooperationsverbund verstehen Gesundheitsförderung als ein Querschnittsthema und unterstützen die Entwicklung gesundheitsfördernder Aktivitäten in allen Politikbereichen und Berufsfeldern, die Gesundheit beeinflussen. Der Kooperationsverbund leistet damit einen Beitrag dazu, das „Helsinki Statement on Health in All Policies“ der WHO von 2013 umzusetzen.

Ein zentrales Anliegen des Kooperationsverbundes ist die niedrigschwellige Entwicklung der Qualität von Angeboten der soziallyagenbezogenen Gesundheitsförderung mit Hilfe des Good Practice-Ansatzes. Dabei unterstützt der Verbund zentral den Ansatz, Lebensbedingungen gesundheitsgerecht(er) zu gestalten (Setting-Ansatz).

Die ausformulierte Grundlage für die Zusammenarbeit der Partnerorganisationen im Kooperationsverbund stellt die Kooperationserklärung von 2005 dar.

Aktuell: Auf dem jährlichen „Kooperationstreffen“ Ende Oktober 2017 wird eine Neuformulierung der Ziele des Kooperationsverbundes mit den Vertreter/innen aller Partnerorganisationen diskutiert. Im Jahr 2018 wird nachfolgend die Kooperationserklärung überarbeitet.

Struktur des Verbundes



Aktuell: Das Themenfeld der Gesundheitlichen Chancengleichheit wird in der BZgA seit 2017 sowohl in der Abteilung 2 (Ref. 2-25 „Forschung, Qualitätssicherung“) als auch in der Abteilung 5 (Ref. 5-51 „Kooperation und Koordination bei der Umsetzung der Maßnahmen in Lebenswelten“) bearbeitet.

Die Abteilung 5 der BZgA wurde im Zuge der Beauftragung der BZgA durch den GKV-Spitzenverband (Präventionsgesetz) gegründet. In Ref. 5-51 erfolgt die Koordination der Koordinierungsstellen Gesundheitliche Chancengleichheit, die mit der Unterstützung der GKV zusätzliche Stellen erhalten haben. Gleichzeitig wird in der Abteilung 5 eine umfassende Evaluation der KGC-Aktivitäten vorbereitet.

Die Zuwendungen durch den Bund an die Koordinierungsstellen werden weiterhin durch Ref. 2-25 koordiniert und zielen insbesondere auf Aktivitäten mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Health in All Policies ab. Die Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes sowie dessen

Gremien (Steuerungskreis, Beratender Arbeitskreis, Arbeitsgruppen des Beratenden Arbeitskreises) werden nach wie vor aus Bundesmitteln über die BZgA gesteuert.

Das Entscheidungsgremium des Verbundes ist der [Steuerungskreis](#). Er besteht aus Vertretungen der Kassenarten (vdek, AOK-Bundesverband, BKK Dachverband) und des GKV-Spitzenverbandes sowie der Landesministerien, der Landesvereinigungen für Gesundheit, der BZgA und von Gesundheit Berlin-Brandenburg. Er tagt üblicherweise drei Mal pro Jahr.

Aktuell: 2017 wurde der Steuerungskreis um Vertreter/innen weiterer Landesministerien (Gesundheitsministerien Brandenburg und Schleswig-Holstein) und der neuen Abteilung 5 der BZgA ergänzt.

Der Steuerungskreis hat kürzlich die Geschäftsordnung des Kooperationsverbundes aktualisiert.

Der [Beratende Arbeitskreis](#) unterstützt und begleitet die Entwicklung der wissenschaftlichen und konzeptionellen Grundlagen und Positionen des Kooperationsverbundes werden. Er hat ca. 50 Mitglieder und trifft sich zwei Mal pro Jahr; in der Frühjahrs-Sitzung gemeinsam mit den Vertretungen der Koordinierungsstellen Gesundheitliche Chancengleichheit. Die Mitglieder des Steuerungskreises sind automatisch auch Mitglieder des Beratenden Arbeitskreises.

Aktuell: Die Zusammensetzung des Beratenden Arbeitskreises wird entsprechend aktueller Entwicklungen ergänzt.

Der Beratende Arbeitskreis hat im September 2017 eine Empfehlung „Die Arbeit der Koordinierungsstellen Gesundheitliche Chancengleichheit in den Bundesländern stärken!“ verabschiedet, die an die Förderer der KGC (GKV, Landesministerien und BZgA) gerichtet ist.

Drei Arbeitsgruppen ergänzen die Arbeit des Beratenden Arbeitskreises: „Qualitätsentwicklung und Good Practice“, „Kommunale Strategien“ sowie „Gesundheitsförderung bei Geflüchteten“. In ihnen arbeiten jeweils acht bis fünfzehn Expert/innen intensiv an der Weiterentwicklung der genannten Themen.

Aktuell: Die AG „Qualitätsentwicklung und Good Practice“ hat Ende 2015 [Steckbriefe zu den zwölf Good Practice-Kriterien](#) als Broschüre herausgegeben (2017 auch auf Englisch, zunächst als pdf-Datei, Druck ist in Vorbereitung).

Die AG „Kommunale Strategien“ hat im Herbst 2016 in Kassel den Expertenworkshop „Kommunale Kooperationen nach Inkrafttreten des Präventionsgesetzes“ ausgerichtet. Aktuell wurde die Mitgliedschaft dieser AG um Vertreter/innen aller drei kommunalen Spitzenverbände ergänzt.

Die AG „Geflüchtete“ arbeitet, nachdem sie im Herbst 2016 das Kooperationstreffen und im Frühjahr 2017 die Satellitenveranstaltung zum Kongress Armut und Gesundheit inhaltlich mit gestaltet hat, derzeit an einer Präsentation sogenannter „Highlight-Projekten“. Hierbei handelt es sich um kurze steckbriefartige Projektskizzen, die als Ideenquellen für innovative Projekte in der Gesundheitsförderung bei Flüchtlingen verstanden werden.

Um die Vernetzung auf Ebene der Bundesländer zu unterstützen, wurden seit 2004 [Koordinierungsstellen Gesundheitliche Chancengleichheit](#) (KGC; bis 2012 „Regionale Knoten“)

aufgebaut. Ihr Auftrag ist es, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren auf Landes- und kommunaler Ebene anzuregen und die Qualitätsentwicklung zu fördern. Mit ihrer Arbeit knüpfen sie an vorhandene Strukturen in den Ländern (z. B. Landesgesundheitskonferenzen) und die Ziele der jeweiligen Landesrahmenvereinbarung an. Die Arbeit der Koordinierungsstellen bei den Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung wird in der Regel gemeinsam durch die gesetzlichen Krankenkassen und das jeweilige Landesgesundheitsministerium finanziert und gesteuert.

Zusätzlich werden die KGC durch die BZgA unterstützt. 2015 förderte die BZgA ein Kooperationsprojekt fast aller KGC und weiterer Partner unter Federführung der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen, „Gesundheitsförderung in Lebenswelten – Entwicklung und Sicherung von Qualität“; 2016 eine Fortführung unter Federführung von Gesundheit Berlin-Brandenburg, „Qualitätsentwicklung in Lebenswelten“.

Aktuell: Seit Ende 2016 wurden die KGC als Teil der Umsetzung des Präventionsgesetzes in allen Bundesländern erweitert. In NRW hat als erstes Bundesland das Landesministerium die Erweiterung der KGC bereits nachvollzogen; in weiteren Bundesländern ist dies für 2018 angekündigt.

Die BZgA fördert aus Bundesmitteln die KGC 2017 mit einem Projekt „Health in All Policies“ unter Federführung von Gesundheit Berlin-Brandenburg. Darüber hinaus unterstützt die BZgA die Qualitätsentwicklung der Arbeit der KGC mit Qualifizierungsveranstaltungen, welche durch die Universität Bielefeld durchgeführt werden.

Die Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes, bei Gesundheit Berlin-Brandenburg angesiedelt, wird von der BZgA aus Bundesmitteln finanziert. Die Geschäftsstelle koordiniert alle laufenden Aktivitäten des Verbundes. Neben der Arbeit der in diesem Papier beschriebenen Strukturen organisiert sie in vielfältiger Weise den Fachaustausch. Hierzu dienen neben Workshops und Konferenzen die Internet-Plattform (siehe unten) und die regelmäßigen Medien des Verbundes (E-Mail-Newsletter, Themenblatt) sowie Arbeitspapiere und Broschüren.

Aktuell: Themenblatt 1/2017 befasst sich mit dem Schwerpunkt „Gesundheit und Bildung“.

Die Geschäftsstelle unterstützt Aktivitäten in den Schwerpunktthemen des Verbundes: Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen, bei Arbeitslosen, bei älteren Menschen sowie im Quartier.

Aktuell: Seit 2016 ist das Feld Gesundheitsförderung bei Geflüchteten hinzugekommen, siehe oben zur AG des Beratenden Arbeitskreises.

Zur Gesundheitsförderung im Quartier wurde im April 2017 in Berlin ein Expertenworkshop „Quartiersbezogene Gesundheitsförderung - Gesunde Quartiersentwicklung“ durchgeführt und im Nachgang ein gemeinsames Positionspapier „Miteinander für gesunde Quartiere. Potenziale zur Zusammenarbeit“ veröffentlicht.

Aktivitäten im Rahmen des Verbundes: Vernetzung – Qualität – Transparenz

Ein Arbeitsschwerpunkt des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit ist die Auswahl und Präsentation von Beispielen guter Praxis der soziallagenbezogenen Ge-

sundheitsförderung. Die Beispiele sollen zur Nachahmung motivieren und damit den Prozess der Qualitätsverbesserung unterstützen. Hierzu wurden vom Beratenden Arbeitskreis Kriterien guter Praxis entwickelt. Die Kriterien werden im Leitfaden Prävention des Spitzenverbandes der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen als Bewertungsmaßstab empfohlen, um die Förderungswürdigkeit von Angeboten der Gesundheitsförderung zu beurteilen. Informationen zum Good Practice-Auswahlprozess finden sich online unter www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/good-practice.

Aktuell: 2016 hat die Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes eine „Lernwerkstatt Good Practice“ entwickelt und erprobt. In diesem Zusammenhang wurde eine Sammlung von Workshop-Methoden erstellt, die „modular“ zu bedarfsgerechten Werkstatt-Formaten kombiniert werden können. 2017 wurden die Koordinierenden der KGC in der Vorbereitung und Durchführung der Lernwerkstatt geschult.

Der Kooperationsverbund wird künftig verstärkt die Möglichkeiten und Grenzen des Konzeptes „Wirkungsorientierung“ in der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung reflektieren und einen gemeinsamen Wissensstand hierzu schaffen. Die Geschäftsstelle koordiniert den Fachaustausch mit Expert/innen aus Wissenschaft und Praxis und aus anderen Handlungsfeldern.

Seit 2011 stellt der [kommunale Partnerprozess „Gesundheit für alle“](#) (bis November 2015: „Gesund aufwachsen für alle!“) eine zentrale Aktivität des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit und der Koordinierungsstellen in den Ländern dar. Er unterstützt die Gesundheitschancen von Menschen in belasteten Lebenslagen in Städten, Gemeinden und Landkreisen durch die Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Gesundheitsstrategien. Die interaktiven Angebote der Plattform www.inforo.online können für den Fachaustausch über Ressort- und Ländergrenzen hinweg genutzt werden.

Aktuell: Alle KGC haben einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Unterstützung des Auf- und Ausbaus integrierter kommunaler Strukturen (Präventionsketten) gelegt.

Die Austausch-Plattform inforo.online wird derzeit überarbeitet.

Ende Oktober 2017 werden die Unterstützungsbedarfe der Kommunen im Partnerprozess in einem Workshop mit Kommune-Vertreter/innen aktuell diskutiert.

Im Frühjahr 2018 werden die speziellen Bedingungen zum Aufbau integrierter Strategien in ländlichen Räumen das Schwerpunktthema der Satellitenveranstaltung zum Kongress Armut und Gesundheit sein. Anschließend wird dieses Thema in einem Expertenworkshop noch vertieft.

Alle Aktivitäten im Verbund werden auf der Internet-Plattform www.gesundheitliche-chancengleichheit.de dargestellt. Hier finden sich umfassende, aktuelle Informationen zur soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung sowie Arbeitsmaterialien und Veranstaltungshinweise. Ein wesentliches Element der Internet-Plattform ist außerdem die bundesweite Praxisdatenbank. Annähernd 3.000 Projekte, Programme und Netzwerke sind hier online recherchierbar.

Aktuell: Die Internet-Plattform wird 2018 einer Überarbeitung („Relaunch“) unterzogen.

Die Partner im Kooperationsverbund sind auch zentrale Akteure auf dem jährlich in Berlin stattfindenden [Kongress „Armut und Gesundheit“](#). Der Verbund, der kommunale Partnerprozess, die KGC und natürlich die fachlichen Ansätze wie insbesondere Good Practice werden dort stark sichtbar gemacht.

Aktuell: Das Schwerpunktthema des Kongresses Armut und Gesundheit 2018 wird der Health in All Policies-Ansatz sein. Der Kooperationsverbund wird sich an den Diskussionen und der Auswertung und Dokumentation dieses Kongresses verantwortlich beteiligen.

Die Partner im bundesweiten Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit

- Akademie für öffentliches Gesundheitswesen
- AOK-Bundesverband
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
- Barmer Ersatzkasse
- Bayerisches Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- BKK Dachverband
- Bundesärztekammer
- Bundesagentur für Arbeit
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung & Beratung e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.
- Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst e.V.
- Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte
- Bundesverband der Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.
- Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V.
- Bundeszahnärztekammer Ärztegemeinschaft der deutschen Zahnärztekammern e.V.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
- DAK-Gesundheit
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege e.V.
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.
- Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
- Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V.
- Deutscher Caritasverband e.V.
- Deutscher Hebammenverband e.V.
- Deutscher Kinderschutzbund e.V.
- Deutscher Landkreistag
- Deutscher Olympischer Sportbund
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Deutscher Volkshochschulverband e.V.
- Deutsches Institut für Urbanistik
- Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
- Deutsches Rotes Kreuz e.V.
- Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
- Gesunde Städte-Netzwerk
- Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.
- Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
- Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
- Hochschulen für Gesundheit e.V.
- Internationaler Bund
- IKK e.V.
- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Stuttgart
- Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V.
- Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e.V.
- Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.
- Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg
- Nationale Armutskonferenz
- Prävention und Gesundheit im Saarland e.V.
- Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Landes Berlin
- Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung
- Stiftung SPI
- Techniker Krankenkasse
- Umweltbundesamt
- Verband der Ersatzkassen e.V.